

<h2 style="text-align: center;">Antrag zur Landesversammlung</h2>	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an <hr/>
<p>ANTRAG NR. A3</p> <p>Einzelfallprüfung von Beamten, öffentlich-rechtlichen Beschäftigten und Tarifbeschäftigten im Staatsdienst</p>	<input type="checkbox"/> Änderung: <hr/>
<p>ANTRAGSTELLER: Kreisverband Erlangen</p>	<hr/>

Die Landesversammlung der JU Bayern möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Bayern fordert den CSU-Parteivorstand auf, eine bundesweit einheitliche
- 2 Überprüfung (in Auslegung und Anwendung) von Beamten, öffentlich rechtlich Beschäftigte
- 3 und Tarifbeschäftigten im Staatsdienst durchzusetzen, wonach sich Personen im Staatsdienst
- 4 durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen
- 5 und diese einhalten müssen. Dies ist durch eine Einzelfallprüfung sicherzustellen.
- 6
- 7 **Begründung:**
- 8 Die politischen Ränder unserer Gesellschaft gewinnen massiven Zustrom. Ziel einer
- 9 wehrhaften Demokratie muss es daher sein, eine Beschäftigung von Verfassungsfeinden
- 10 im öffentlichen Dienst zu verhindern. Weder Rechts- und Linksradikale noch religiöse oder
- 11 anderweitige Extremisten gehören zu einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und erst
- 12 recht nicht in den Staatsdienst. Die derzeitige Regelung der Bedarfsanfrage beim
- 13 Verfassungsschutz ist hierfür nicht ausreichend, denn diese Anfragen kommen nur selten vor
- 14 und führen in noch weniger Fällen zu Konsequenzen.
- 15 Wichtig ist nicht in erster Linie, ob ein Beamter in einer Partei ist, sondern ob dieser in seinen
- 16 Handlungen von Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bekämpfen,
- 17 motiviert ist. Der Fall Franco A. bei der Bundeswehr zeigt diese Notwendigkeit auf.